

Leitantrag zur Berufspolitik

Steigerung der Attraktivität des gymnasialen Lehrerberufes

Zum Erhalt und zur Fortentwicklung eines qualitativ hochwertigen und international konkurrenzfähigen Gymnasiums braucht unsere Gesellschaft dringend genügend junge engagierte Menschen, die den Beruf des Gymnasiallehrers ergreifen wollen. Deshalb muss der Lehrerberuf materiell, bezüglich der Arbeitsbedingungen und hinsichtlich der Berufsperspektiven so ausgestattet sein, dass er mit anderen konkurrierenden akademischen Berufen mithalten kann.

Dies ist gegenwärtig eindeutig nicht der Fall, wie der einsetzende dramatische Lehrermangel in Deutschland auch an den Gymnasien deutlich zeigt. Von den ca. 140.000 Lehrerinnen und Lehrern an Gymnasien und gymnasialen Bildungseinrichtungen werden in den nächsten 10 Jahren 60.000 aus dem aktiven Dienst ausscheiden, während gleichzeitig zu wenige Absolventen die Hochschulen verlassen.

Zur Steigerung der Attraktivität des gymnasialen Lehrerberufs fordert der DPhV folgende Maßnahmen der Politik:

1. Die mehrmalige Kürzung der Anwärterbezüge muss endlich rückgängig gemacht werden. Anwärterbezüge müssen so dotiert sein, dass sie konkurrenzfähig sind mit der Entlohnung von Berufsanfängern im außerschulischen Bereich.
2. Auch in den neuen Bundesländern muss die Verbeamtung von Lehrern auf ganzen Stellen und eine vollständige Angleichung an das Gehaltsniveau West erfolgen, da ansonsten eine massive Abwanderung insbesondere des Lehrernachwuchses in die alten Bundesländer erfolgen wird.
3. Die Arbeitsbedingungen für Lehrer sind grundlegend zu verbessern. Immer größere Klassen, mehrmals erhöhte Unterrichtsdeputate, wachsende Verwaltungsaufgaben und eine schwieriger werdende Schülerklientel haben die Belastungen in einem Maße steigen lassen, die an die Grenze des Erträglichen reichen. Dies bestätigen auch die Ergebnisse der aktuellen Schaarschmidt-Studie in Potsdam.
4. Zu attraktiven Berufsperspektiven gehören auch Beförderungsmöglichkeiten und umfassende Leistungselemente bei der Besoldung. Der DPhV unterstützt die Bemühungen des dbb, eine Modernisierung des Beamtenrechts auf der Grundlage bundesrechtlicher Kompetenzen gesetzlich zu verankern. Dabei muss aber die besoldungsrechtliche Differenzierung der Lehrämter aufgrund

unterschiedlicher Dauer und Anforderungen der Lehrerbildung unbedingt erhalten bleiben.

Eine Verlagerung beamten- und versorgungsrechtlicher Gesetzgebungskompetenzen auf die Länder lehnt der DPhV ab, da dies zu einem Besoldungswettlauf nach unten führen würde.

5. Nicht zuletzt muss von der Politik alles dafür unternommen werden, dass das gesellschaftliche Ansehen des Lehrerberufs wieder steigt. Sowohl Medien als auch die Politik haben die gemeinsame Aufgabe, mit ihren Möglichkeiten viel stärker als bisher die Erziehungs- und Bildungsaufgabe von Lehrkräften zu unterstützen. Konkret fordert der DPhV die Durchführung einer bundesweiten Imagekampagne für Lehrer, um mehr junge Menschen zur Ergreifung dieses verantwortungsvollen Berufs zu ermuntern.